



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: Anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 20.04.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 04.04.2022, 17:00 Uhr bis 18:18 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

INFEKTIONSSCHUTZ:

Bitte beachten Sie die aktuellen „Hinweise Infektionsschutz“ und melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Werner Marx	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Herr Ulrich Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Mario Michalak	GRÜNE
---------------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Frau Hevi Kutlay	Auf Vorschlag von Grünen

Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag von CDU
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag von CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag von SPD
Herr Sascha Kaldewey	Auf Vorschlag von FDP
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Elisa Braune	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Gäste

Frau Eva Haas	Fraktion DIE LINKE
---------------	--------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
------------------------	-------

Beratende Mitglieder

Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag von Grünen
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD
Frau Evrum Evsin Kizilay	Auf Vorschlag von Linken
Frau Karin Preugschat	Auf Vorschlag von GUT
Herr Stefan-Lazar Mitu	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Deborah Timm	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Nach der Eröffnung der 12. Sitzung des AVR und der Begrüßung der Anwesenden durch den Ausschussvorsitzenden trägt er die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

2.1 1116/2022

Aktuelle Städtepartnerschaftsmaßnahmen
(zugesetzt am 04.04.2022)

3.3 1062/2022

Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Geflüchtete aus der Ukraine in Köln, insbes. Situation des Ausländeramtes"
(zugesetzt am 31.03.2022)

3.4 1047/2022

Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Impfstatus" aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 24.01.2022
(zugesetzt am 31.03.2022)

3.5 1047/2022

Beantwortung mündlicher Anfragen verschiedener Fraktionen zu "Geflüchtete aus der Ukraine in Köln, insbes. Situation des Ausländeramtes"
(zugesetzt am 31.03.2022)

3.6 1066/2022

Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022" aus der Sitzung vom 7. März 2022
(zugesetzt am 01.04.2022)

3.7 1099/2022

Beantwortung mündlicher Anfragen betreffend "Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine"

3.8 1102/2022

Städtepartnerschaften
(zugesetzt am 04.04.2022)

3.9 1129/2022

Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
(zugesetzt am 04.04.2022)

4.4 0012/2022/1

Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 15. März 2022
(zugesetzt am 31.03.2022)

4.5 1016/2022

Zwei-Jahres-Kurzbilanz des städtischen Ordnungsdienstes zur Corona-Pandemie
(zugesetzt am 31.02.2022)

4.6 1122/2022

Aktuelle Entwicklungen KVB-Leihrad
(zugesetzt am 01.04.2022)

6.2.1 AN/0732/2022

Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie in Köln“
(zugesetzt am 30.03.2022)

Zu 8.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend
AN/0755/2022

„Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze“
(zugesetzt am 04.04.2022)

Zu 8.1 Ergänzungsantrag eines SE der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender betreffend "Ergänzungsantrag zur Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen
(AN/0592/2022)
(zugesetzt am 31.03.2022)

8.2 AN/0748/2022

Vergabekonzept für Veranstaltungen auf dem Neumarkt
(zugesetzt am 01.04.2022)

Zu 8.2 Änderungsantrag

AN/0762/2022 zu TOP 8.2 – Vergabekonzept für Veranstaltungen auf dem Neumarkt (0748/2022)
(zugesetzt am 04.04.2022)

9.1 0974/2022

Förderung des Open Air-Angebots 2022
(zugesetzt am 04.04.2022)

10.3 0680/2022

6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
(zugesetzt am 20.03.2022)

Der Vorsitzende trägt die Zusetzungen für den nichtöffentlichen Teil vor:

12.1 1110/2022

Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend „Vorverlegung der Weihnachtsmärkte“

Auf die Frage des Vorsitzenden zu Ergänzungen oder Fragen zur Tagesordnung erkundigt sich MdR Cremer, ob die Maskenpflicht nach wie vor gelte.

Herr Dr. Becker verweist auf die Rechtsgrundlage: Aufgrund des Hausrechts in den städtischen Dienstgebäuden sei das Tragen einer Maskenpflicht vorgesehen.

MdR Cremer teilt mit, dies rechtlich prüfen zu wollen.

MdR Richter teilt mit, Tagesordnungspunkt 4.5 zurückstellen zu wollen sowie die Tagesordnungspunkte 10.2, 10.3 und 9.1 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu überführen.

Der Vorsitzende lässt über die so festgelegte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einstimmig einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Aktuelle Städtepartnerschaftsmaßnahmen
1116/2022

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage: Gebetsruf an Kölner Moscheen zum Freitagsgebet aus der Sitzung vom 25.10.2021
0438/2022

3.2 Beantwortung einer Anfrage AN/0282/2022 der SPD-Fraktion betreffend "Entwickelt die 'Task Force Wohnungslosenpolitik' einen Masterplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit?"
0530/2022

3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffen "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard"
1062/2022

3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Geflüchtete aus der Ukraine in Köln, insbes. Situation des Ausländeramtes"
1047/2022

3.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022" aus der Sitzung vom 7. März 2022
1066/2022

3.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende".
1075/2022

3.7 Beantwortung mündlicher Anfragen betreffend "Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine"
1099/2022

3.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Städtepartnerschaften"
1102/2022

3.9 Beantwortung mündlicher Anfragen betreffend "Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine"
1129/2022

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Quartalsbericht über die weiteren Entwicklungen im Ausländeramt 4. Quartal 2021 und Beantwortung der Fragen an Frau Stadtdirektorin Blome in der Sitzung des Integrationsrats vom 11.01.2022
0271/2022

4.2 Mitteilung zum Antrag AN/1415/2021 "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard".
0428/2022

4.3 Öffnung der Kundenzentren für Laufkundschaft an zwei Tagen pro Woche
0771/2022

4.4 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 15. März 2022
0012/2022/1

4.5 Zwei-Jahres-Kurzbilanz des städtischen Ordnungsdienstes zur Corona-Pandemie
1016/2022

4.6 Aktuelle Entwicklungen KVB-Leihrad
1122/2022

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie in Köln"
AN/0732/2022

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Volt-Fraktion betreffend "Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze".
AN/0592/2022

Mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze"

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze"
AN/0755/2022

Ergänzungsantrag eines SE der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender betreffend "Ergänzungsantrag zur Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen
(AN/0592/2022)

- 8.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Vergabekonzept für Veranstaltungen auf dem Neumarkt"
AN/0748/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Vergabekonzept für Veranstaltungen auf dem Neumarkt (0748/2022)"
AN/0762/2022

9 Platzvergaben

- 9.1 Förderung des Open Air-Angebots 2022
0974/2022

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024
0333/2022
- 10.2 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße
4099/2021
- 10.3 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
0680/2022

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

12.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Vorverlegung der Weihnachtsmärkte"
1110/2022

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Mitteilung zum Gesamtkomplex "Greensill"
0854/2022

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Aktuelle Städtepartnerschaftsmaßnahmen 1116/2022

Die Vorlage wird zurückgestellt.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage: Gebetsruf an Kölner Moscheen zum Freitagsgebet aus der Sitzung vom 25.10.2021 0438/2022

MdR Cremer erkundigt sich, wann mit dem Lärmschutzgutachten zu rechnen sei und wann es eine Entscheidung dazu gebe.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer Anfrage AN/0282/2022 der SPD-Fraktion betreffend "Entwickelt die 'Task Force Wohnungslosenpolitik' einen Masterplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit?" 0530/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffen "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard" 1062/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Geflüchtete aus der Ukraine in Köln, insbes. Situation des Ausländeramtes" 1047/2022

MdR Richter bittet um einen Bericht zur derzeitigen Situation, insbesondere wie der Bearbeitungsstand sei und ob ein Rückstand aufgeholt werden konnte.

MdR Dr. Krupp erkundigt sich, ob die Anschaffung eines weiteren Registrierungsgerätes geplant werde. Zudem sei auf dem vom Sozialamt verteilten Handzettel eine Telefonnummer vermerkt, unter welcher die zuständigen Mitarbeitenden schlecht erreichbar seien.

Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass die Rückstände abgearbeitet worden und die dadurch entstandenen Warteschlangen am Ausländeramt zurückgegangen seien. Es hätten bereits Teile der Warteschlangen-Überdachung zurückgebaut werden können. In den ersten Tagen sei ein Catering angeboten worden, um die langen Wartezeiten überbrücken zu können. Da die Geflüchteten aus der Ukraine anfangs zuerst das Ausländeramt aufgesucht hätten, hätten sich aufgrund von Kommunikationsproblemen zunächst lange Warteschlangen gebildet. Die Aufenthaltstitel sollen sofort ausgestellt werden, damit sei die Möglichkeit gegeben, direkt einer Tätigkeit nachgehen zu können. Zudem könnten sich die Geflüchteten beim Amt für Soziales und Senioren melden. Über 5.000 Kund*innen seien im Ausländeramt bereits beraten und betreut worden.

Die Registrierungsgeräte des Landes seien dafür da, die ordnungsgemäßen Registrierungen durchzuführen. Es werde damit gerechnet, dass noch sehr viele Menschen kommen werden. Weitere Registrierungen sollen durch die Bundespolizei unterstützt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022" aus der Sitzung vom 7. März 2022
1066/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende".
1075/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.7 Beantwortung mündlicher Anfragen betreffend "Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine"
1099/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Städtepartnerschaften"
1102/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.9 Beantwortung mündlicher Anfragen betreffend "Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine"
1129/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Quartalsbericht über die weiteren Entwicklungen im Ausländeramt 4. Quartal 2021 und Beantwortung der Fragen an Frau Stadtdirektorin Blohme in der Sitzung des Integrationsrats vom 11.01.2022 0271/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Mitteilung zum Antrag AN/1415/2021 "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard". 0428/2022

MdR Tokyürek erkundigt sich, welche Dienststellen keinen Bedarf an Texten in einfacher Sprache sehen würden und wie sie zu dieser Einschätzung kämen.

Sie fragt nach, wieso dem Expertengremium keine Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik angehören würden. Diese Expert*innen in eigener Sache würden den einseitigen Verwaltungsblick durch die praktischen Erfahrungen in eigener Sache ergänzen. Des Weiteren beziehe sich die Verwaltung mit ihrer Mitteilung nicht – wie irrtümlich behauptet – auf einen Antrag, sondern auf einen Ratsbeschluss. Damit sei beschlossen worden, dass es Kursangebote auch in einfacher Sprache geben soll. Diese gebe es aber bisher nicht. In der Mitteilung der Verwaltung sei auch nicht die Rede davon, diese anbieten zu wollen. Es stelle sich daher die Frage, wieso der Ratsbeschluss hier nicht umgesetzt werde.

Ebenfalls sei beschlossen worden, dass die Fraktionen am städtischen Fortbildungsprogramm teilnehmen könnten. Sie bittet die Verwaltung, dies klarzustellen. Ansonsten würde hier gegen einen geltenden Ratsbeschluss verstoßen werden.

MdR Görzel fragt nach, welche Kosten die dargestellten Maßnahmen auslösen würden.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Öffnung der Kundenzentren für Laufkundschaft an zwei Tagen pro Woche 0771/2022

MdR Spehl bedankt sich für die neue Möglichkeit. Er begrüßt, dass es ein weiterer Schritt in Richtung Normalität sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 15. März 2022 0012/2022/1

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Zwei-Jahres-Kurzbilanz des städtischen Ordnungsdienstes zur Corona-Pandemie 1016/2022

Die Vorlage wird zurückgestellt.

4.6 Aktuelle Entwicklungen KVB-Leihrad 1122/2022

Der Vorsitzende äußert, es sei beschämend, dass diese massiven Beschädigungen stattgefunden hätten. Es sei begrüßenswert, mit rechtlichen Mitteln gegen diejenigen vorzugehen, die in den sozialen Medien zur Beschädigung aufgerufen hätten.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass die Geschehnisse erschreckend seien. In Zusammenarbeit mit der Polizei sollten die Straftaten verfolgt werden; es sollte aber auch präventiv gehandelt werden. Es müssten Aufklärungskampagnen für Jugendlichen geben, um das Ausmaß solcher Taten bewusst zu machen. Er erkundigt sich, ob solche Maßnahmen bereits in der Planung seien.

MdR Görzel teilt mit, dass hinter diesen Taten Aufrufe auf der Plattform TikTok stünden. Dort gebe es verschiedene Challenges, in denen sich Jugendliche gegenseitig animierten, Straftaten zu begehen. Er halte dies für sehr besorgniserregend. Daher sei es richtig, auch den Jugendhilfeausschuss miteinzubeziehen, um gemeinsam zukünftige Lösungen zu erarbeiten.

Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass bislang noch keine Überlegungen des Zentrums für Kriminalprävention und Sicherheit bestehen würden. Es gebe aber regelmäßige Verkehrssicherheitsveranstaltungen, in denen das Thema miteinbezogen und auch geeignete Maßnahmen vorbereitet werden sollten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie in Köln" AN/0732/2022

Diese Anfrage wird zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Volt-Fraktion betreffend "Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze".**
AN/0592/2022

I. Der Vorsitzende lässt über den mündlichen Änderungsantrag der SPD Fraktion abstimmen:

Mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze"

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

(...) Bei einer Entscheidung zur Umbenennung von kolonialen Straßennamen erfolgt die Einzelfallbetrachtung in Zusammenarbeit mit dem Kölner Namensarchiv **und unter Beteiligung von Organisationen der Initiativen von Kolonialismus und Rassismus Betroffener.** (...)

Abstimmungsergebnis:

Die Aufnahme des mündlichen Änderungsantrages ist mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und Die Linke **abgelehnt.**

II. Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätze"

AN/0755/2022

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschließt folgende Änderung:

Folgender Satz wird nach „[...] in Zusammenarbeit mit dem Kölner Namensarchiv.“ hinzugefügt:

„Zudem werden die Interessen der betroffenen Anlieger im Rahmen einer Bürgerbeteiligung ermittelt und in der Abwägung bei der Entscheidungsfindung angemessen berücksichtigt.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **abgelehnt.**

III. Der Vorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag eines Sachkundigen Einwohners der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schule und Transgender abstimmen.

Ergänzungsantrag eines SE der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender betreffend "Ergänzungsantrag zur Neufassung der Richtlinie des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen (AN/0592/2022)

Beschluss:

Die Verwaltung wird dazu beauftragt, die Richtlinie für die Benennung von Straßen vom 26.08.1999 (DS-Nr. 0974/099) zu überarbeiten und dem Stadtrat sowie den zuständigen Gremien im ersten Halbjahr 2022 einen neuen Richtlinienentwurf vorzulegen. Dabei wird die Richtlinie dahingehend weiterentwickelt, dass eine Förderung von Frauen*namen erfolgt und eine Umbenennung von kolonialen Straßennamen ermöglicht wird. Bei einer Entscheidung zur Umbenennung von kolonialen Straßennamen erfolgt die Einzelfallbetrachtung in Zusammenarbeit mit dem Kölner Namensarchiv. Die Regeln der Zuständigkeitsordnung bleiben davon unberührt.

Ergänzender Beschlusstext:

Die Verwaltung wird dabei beauftragt, folgende Aspekte im Richtlinienentwurf zu berücksichtigen:

Der Richtlinienentwurf sieht vor, dass ausländische Straßennamen auch dann zulässig sind, wenn ihre Aussprache von der deutschen Aussprache abweichen. So wird eine Öffnung für international renommierte Persönlichkeiten hergestellt.

Der Richtlinienentwurf sieht außerdem vor, dass die Begrenzung der Zeichenanzahl auf Beschilderungen (derzeit 25 Zeichen) in begründeten Fällen überschritten werden darf, um der strukturellen, im Straßenbild manifesten Benachteiligung von Frauen, die überproportional Doppelnamen tragen, entgegenzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und Die Linke **abgelehnt**.

IV Der Vorsitzende lässt über den Ursprungsantrag abstimmen

Beschluss:

Die Verwaltung wird dazu beauftragt, die Richtlinie für die Benennung von Straßen vom 26.08.1999 (DS-Nr. 0974/099) zu überarbeiten und dem Stadtrat sowie den zuständigen Gremien im ersten Halbjahr 2022 einen neuen Richtlinienentwurf vorzulegen. Dabei wird die Richtlinie dahingehend weiterentwickelt, dass eine Förderung von Frauen*namen erfolgt und eine Umbenennung von kolonialen Straßennamen ermöglicht wird. Bei einer Entscheidung zur Umbenennung von kolonialen Straßennamen erfolgt die Einzelfallbetrachtung in Zusammenarbeit mit dem Kölner Namensarchiv. Die Regeln der Zuständigkeitsordnung bleiben davon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**8.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Vergabekonzept für Veranstaltungen auf dem Neumarkt"
AN/0748/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Vergabekonzept für Veranstaltungen auf dem Neumarkt (0748/2022)"
AN/0762/2022**

MdR Spehl teilt mit, dass der Neumarkt sich in den nächsten Jahren stark verändern wird. Ziel sei es, dass die Lebensqualität sich dort bessert. Hierfür benötige es ein Konzept der Verwaltung, wie dies (unabhängig der strengen Vergaberegeln) geschehen könne. Es solle überlegt werden, was dort gemacht werden könne. Dem SPD-Änderungsantrag werde zugestimmt.

I. Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Interimsphase bis zur endgültigen Nutzungsveränderung des Neumarkts (AN/2576/2021) weitere Planungen zur Nutzung für den Neumarkt zu entwickeln. Dies können z.B. auch dauerhafte Gastronomienutzungen sein. **An der Entwicklung der Planungen sind die „BI Zukunft Neumarkt“ und die „IG Neumarkt“ zu beteiligen. [...]**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den so geänderten Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Interimsphase bis zur endgültigen Nutzungsveränderung des Neumarkts (AN/2576/2021) weitere Planungen zur Nutzung für den Neumarkt zu entwickeln. Dies können z.B. auch dauerhafte Gastronomienutzungen sein. **An der Entwicklung der Planungen sind die „BI Zukunft Neumarkt“ und die „IG Neumarkt“ zu beteiligen.**

Die Verwaltung legt dem Ausschuss AVR als Beschlussvorlage sowohl die weiteren Planungen zur Nutzung des Neumarktes vor als auch die veränderten Kriterien im Vergabekonzept.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

9.1 Förderung des Open Air-Angebots 2022 0974/2022

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Gleueler Wiese Landschaftsschutzbestandteil ist, sodass diese aus den weiteren Überlegungen ausgeschlossen werden sollen.

MdR Richter bedauert, dass diese wichtige Vorlage so kurzfristig kam und folglich ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen werde. Es werde ein Open Air Angebot für 2022 gebraucht und dies sei wichtig für die Stadt Köln. Ein Konzept von der Kulturverwaltung, wie unterschiedliche Plätze nutzen können sei gut. Dennoch solle mit dem Hintergrund der letzten zwei Jahre die Gleueler Wiesen ausgeschlossen werden.

Beschluss:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024 0333/2022

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024 und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.

Die Fortführung der Regionalagentur Region Köln erfolgt vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln sowie der beteiligten Kreise und der Stadt Leverkusen.

Im Hpl. 2022 und der ihm beigefügten Mittelfristplanung sind im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen – und 6 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen – sowie die Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen - , 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – und 16 – sonstigen ordentliche Aufwendungen – veranschlagt; für die Jahre 2023 und 2024 vorbehaltlich des Inkrafttretens der jeweiligen Haushaltssatzung. Für die Haushaltsjahre 2023 ff. wird das Dezernat Soziales, Gesundheit und Wohnen im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße 4099/2021

Beschluss:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

10.3 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung 0680/2022

MdR Richter erkundigt sich nach der Höhe der bisherigen Gebühren des stationsbasierten Car-Sharing.

Die Verwaltung sichert zu, dazu eine Anlage in der Vorlage hochzuladen.

MdR Dr. Krupp erkundigt sich nach den Qualitätsauswertungen und Daten der Anbieter, die anonymisiert der Verwaltung zugespielt werden würden. Er fragt nach, ob diese Daten auch der Politik zur Verfügung gestellt werden könnten, um die Nutzung der E-Roller besser nachvollziehen zu können (z.B. Uhrzeiten der Nutzung).

MdR Görzel teilt mit, dass die Gebühren in Höhe von 85-130 Euro im Verhältnis zu Stellplätzen für Car-Sharing deutlich zu hoch seien. Ein Container für Bauschutt würde pro Stück und Woche nur 6,70-33 Euro kosten. Dies sei unverhältnismäßig. Er fragt nach, wie die Verwaltung auf diese Zahlen gekommen sei.

Frau Braune teilt mit, dass aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik darüber hinaus weitere Probleme mit der Sicherstellung von Barrierefreiheit bestünden, die sich nicht allein durch eine Änderung der Sondernutzungsordnung beheben lassen würden.

Achtlos herumliegende Elektro-Tretroller seien eine Gefahr für Fußgänger*innen, und die Bewegungsfreiheit auf Gehwegen und Plätzen werde eingeschränkt. Eine barrierefreie Nutzung werde somit verhindert oder erschwert. Dieser Zustand sei nicht mehr akzeptabel. Hier werde dringender Handlungsbedarf gesehen. Die Deklaration der E-Scooter und Leihräder als Sondernutzung sei für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht ausreichend, es bedürfe einer Änderung der Stadtordnung mit Regeln und Verbotsbestimmungen im Bußgeld- und Verwarngeldkatalog. Ein enger Kontakt zur Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bei der Ausgestaltung der Sicherstellung der Barrierefreiheit sei erwünscht.

Die Verwaltung wird die Fragen im Nachgang beantworten.

Beschluss:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

Anja Siemon
(Schriftführerin)